

eine Reputation als erfolgreicher Akquirierer von Drittmitteln oder als Gründer und Gestalter großer Sonderforschungsbereiche hervorgetan hätte. Fetschers Stärke als akademischer Lehrer und Forscher bestand vielmehr darin, verschiedene Disziplinen wie Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte, Philosophie und Psychoanalyse zusammenzuführen.

Weit davon entfernt, Prioritätsansprüche bestimmter Schulmeinungen zu formulieren und durchzusetzen, war sein Frankfurter Institut durch ein breit gefächertes Spektrum unterschiedlicher wis-

senschaftstheoretischer und politischer Positionen gekennzeichnet, soweit sie kritische Distanz zum faschistischen und stalinistischen Totalitarismus hielten. Fetscher hat diesen Pluralismus eher gefördert als unterbunden. Vielleicht ist diese Liberalität der Grund, dass er zwar keine Schule, wohl aber eine Reihe von Schülern hervorbrachte, die unter seiner Betreuung promovierten oder habilitierten. Iring Fetscher hat nicht nur für sie ein Erbe hinterlassen, das es im Interesse einer demokratischen politischen Kultur weiter zu entwickeln gilt.



Richard Saage

ist emeritierter Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zuletzt erschien: *Zwischen Darwin und Marx. Zur Rezeption der Evolutionstheorie in der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie vor 1933/34.*

saage@gmx.net

Kenan Engin

Bürgerkrieg im Irak: Sind die Christen noch da?

Göttliche Ordnung versus nationalstaatliche Organisation

Durch die Angriffswellen der Terrororganisation IS (Islamischer Staat) auf die christlichen und andersgläubigen Minderheiten im Irak seit Anfang August rückte die Lage der Christen in den Brennpunkt der Weltöffentlichkeit. Den irakischen und syrischen Christen droht nun eine völlige Auslöschung. Der folgende Beitrag zeigt vor diesem Hintergrund, wie sich der anfänglich kaum beachtete Exodus der Christen aus dem Irak zu einer Tragödie gewandelt hat.

Der Islam geht mit den Ideen von Nation und souveränem Nationalstaat nach westlichem Muster wenig konform, da er deren Gedanken mit der Idee der *Umma* und dem Glauben an die Souveränität Gottes als nicht vereinbar ansieht. Der Islam kennt im Gegenzug zu Europa das Kalifat der islamischen *Umma*, die universell ist

und die gesamte Menschheit ohne Berücksichtigung ihres ethnischen Ursprunges unter dem Banner des Islams – *Dar al-Islam* (Haus des Friedens) – vereinen möchte. Der Koran als autoritativste Quelle wird diesem Gebilde zugrunde gelegt. Deswegen ist der Islam in nahöstlichen Staaten wie Ägypten und Irak de facto bzw. auch de jure Staatsreligion, was für die Christen automatisch eine Behinderung bei der Religionsausübung und Einschränkungen im öffentlichen und privaten Leben bedeutet. Die Entwicklung des islamistischen Fundamentalismus ab den 70er Jahren intensivierte diesen Prozess, wodurch die gewaltsamen Übergriffe von Fundamentalisten gegen die christlichen Minderheiten z.B. im Irak, Libanon und Ägypten zunahm und sich die Abwanderung der

christlichen Minderheit aus der Region beschleunigte.

Die Abwanderung bzw. Diskriminierung der Christen im arabisch-islamischen Raum sind u.a. auf drei Hauptfaktoren zurückzuführen. Erstens auf den arabischen Nationalismus seit dem Ersten Weltkrieg, der im Unterschied zur westlichen Nationenbildung sowohl auf ethnischen als auch religiösen Komponenten beruht. Deshalb wurden die Christen faktisch bei den Nationenbildungsprozessen nicht berücksichtigt und konnten von staatlichen Leistungen im Gegensatz zu den Muslimen nicht profitieren. Der zweite Grund sind die andauernden religiös motivierten bürgerkriegsähnlichen Konflikte in der Nahostregion (z.B. Irak, Libanon und Syrien), die die Triebkräfte des islamistischen Fundamentalismus waren und sind. Diese erzeugten zunehmend ein anti-christliches Klima in den jeweiligen Ländern, welches eine gewisse Art von »Legitimität« für die Angriffe auf christliche Einrichtungen bzw. für die Diskriminierung von Christen erzeugte. Der dritte Grund sind die autoritären Strukturen der nahöstlichen Staaten, die aus machtpolitischen Gründen keinen Spielraum für die religiösen und ethnischen Minderheiten zugelassen haben. Für die Präzisierung und Konkretisierung des zuvor Genannten genügt die Analyse des irakischen Falles.

Heute leben etwa 32,6 Millionen Menschen im Irak, deren überwiegende Zahl (97 %) nach offiziellen Angaben Muslime sind (davon etwa 60-65 % Schiiten, 35-40 % Sunniten). Daneben gibt es die religiösen Minderheiten wie chaldäische (diese sehen sich als Ur-Iraker), assyrische, syrisch-katholische, armenische oder protestantische Christen, Jeziden, Mandäer (Sabier) und Bahá'i sowie eine sehr kleine Zahl irakischer Juden. Nach offiziellen Angaben vom UNHCR und christlichen Kirchen in der Region lebten vor dem Krieg 2003 über 800.000 Christen im Irak. Nach dem Krieg sank ihre Zahl bis 2010 rapide

auf 450.000. Laut Angaben der UNHCR bilden die Chaldäer mit etwa 200.000 bis 330.000 in neuen Diözesen mit ihrem Oberhaupt Patriarch Emmanuel III. Kardinal Delly die größte christliche Minderheit, die seit dem 16. Jh. mit Rom uniert ist. Darunter befinden sich syrisch-katholische Christen, deren Zahl man auf etwa 60.000 Gläubige mit je einer Erzdiözese in Bagdad und Mosul schätzt. Des Weiteren leben etwa 90.000 Assyrer im Irak, die zu der »Apostolischen Kirche des Ostens« gehören. Zu den restlichen Gläubigen christlicher Kirchen gehören: 40.000 syrisch-orthodoxe, 30.000 armenisch-orthodoxe, 4.000 griechisch-orthodoxe, 2.000 Kopten und 10.000 Protestanten.

Nachdem die Baath-Partei durch einen Militärputsch 1963 die Macht übernommen hatte, wurde gleich eine Verfassung erlassen, deren Artikel 25 die Glaubensfreiheit festschrieb. Damit wollte sich Saddam Husseins Regierung die Unterstützung der Christen sichern, um sich und seine sunnitische Regierung gegen die schiitische und kurdische Opposition zu stärken. Deswegen wurde

Zeitweilige Glaubensfreiheit

ab 1970 in den Schulen christlicher Religionsunterricht angeboten und Kirchen wie Moscheen mit kostenlosem Wasser und Strom versorgt. Zudem wurden der Bau und Erhalt von Kirchen staatlich subventioniert und ab 1972 christliche Feiertage zu Ostern und Weihnachten eingeführt. Trotz einer gewissen Verbesserung auf verfassungsrechtlicher Grundlage wurden die Gottesdienste der Christen allerdings überwacht und für alle sozialen und religiösen Aktivitäten der Kirche benötigte man eine staatliche Genehmigung. Mit Iraks Besetzung Kuwaits 1990 nahm die Regierung Saddam Husseins eine radikale islamistische Position ein und verglich die Koalitionstruppen, die vom 16. Januar bis zum 27. Februar 1991 die irakische Besetzung in Kuwait beendeten, mit christlichen Kreuzrittern. Das über den Irak verhängte

Embargo verschlechterte die Situation der Christen erheblich, da Saddam Hussein sie als Handlanger des Westens betrachtete. Nach dem zweiten Golfkrieg radikalisierte sich Husseins Politik gegenüber der christlichen Minderheit, da er sich als Führer der islamischen Welt profilieren wollte. Von da an wurden 200 assyro-chaldäische Dörfer sowie 150 Kirchen und Klöster systematisch von der irakischen Armee zerstört, woraufhin die wohlhabende Schicht der Christen im Irak damit begann in den Westen auszuwandern.

Obwohl sich die Mehrheit der Christen anfänglich gegen eine Invasion ausgesprochen hatte, hofften alle Bischöfe der irakischen Kirchen nach Ende der Kampfhandlungen auf einen Neuanfang im Irak. Kurze Zeit nach der Entmachtung Saddam Husseins wich die Hoffnung allerdings der Angst. Plünderungen, Konflikte zwischen den Schiiten, Sunniten und Kurden und darauffolgende Entführungen von christlichen Geistlichen, durch die hohe Lösegelder erpresst wurden, verbreiteten unter den Christen große Angst und zerstörten jede Art von sozialem Miteinander.

Die Wahlen sowie die Verfassung von 2005 boten den Christen eine neue Chance, sich auf dem irakischen Boden politisch zu stärken. Sie nahmen trotz der Bedrohungen – insbesondere in Bagdad und Mosul – an den Wahlen von 2005 teil und errangen 3 Sitze im Parlament. Im gleichen Jahr wurde eine neue Verfassung verabschiedet, in der der Islam als Hauptquelle der Gesetzgebung und als Staatsreligion verankert wurde; der christliche Glaube blieb in der Verfassung unberücksichtigt. Lediglich in Artikel 14 wurde darauf hingewiesen, dass alle Iraker unabhängig von Geschlecht, Religion, Konfession, Nationalität und Hautfarbe vor dem Gesetz gleich sind.

Seit der Invasion der USA und ihrer Verbündeten 2003 verschlechtert sich die Lage der Christen im Irak – mit Ausnahme der Kurdengebiete. Nach der Invasion folgten zahlreiche Anschläge auf Kirchen,

Salons sowie Geschäfte, die westliche Medien verkaufen und deren Besitzer meist Christen sind bzw. waren. Der Grund ist, dass sie als Kollaborateure der USA, »Ungläubige« oder »Gottesleugner« betrachtet werden. Von Anbeginn des Krieges bis heute wurden laut Erzbischof Bashar Warda etwa 1.000 Christen, darunter 15 Priester, getötet und auf 70 Kirchen Anschläge verübt. Zwar reagierten christliche Geistliche im Irak auf versöhnliche Art auf die Anschläge, dennoch reichte dies nicht um weitere Anschläge und Entführungen zu verhindern.

Die politisch scheinbar stabile Lage des Irak in den Jahren von 2009 bis 2011 hat die Lage der Christen zwar teilweise verbessert, aber der Ausbruch des syrischen Konfliktes intensiviert noch- *Existenzielle Gefahr durch ISIS/IS*

mal die Feindseligkeiten zwischen den Schiiten und Sunniten, welche die Infiltration des Landes durch Al-Qaida begünstigte. Laut UN-Berichten kamen durch gegenseitige Anschläge zwischen den Sunniten und Schiiten und bei den Gefechten zwischen den Regierungstruppen und der Al-Qaida/ISIS in den letzten zwei Jahren etwa 12.000 Iraker um, 20.000 wurden verletzt. Zwischen 2009 und 2013 waren christliche Geschäfte und Einrichtungen mehrfach Anschlagziele. Bei einem Attentat in der katholischen Kathedrale von Bagdad kamen am 31. Oktober 2010 etwa 50 Christen ums Leben. Am 22. September 2013 wurden 19 Menschen bei einem Selbstmordattentat vor dem Haus des christlichen Politikers Emad Youhanna in Rafidayn, verletzt. Durch die Machtübernahme der ISIS in sunnitischen Städten im Irak und in Syrien wie z.B. in Mosul, einer der ältesten und größten Gemeinden der Christen im Nahen Osten, sind die Christen in der Region in eine existenzielle Gefahr geraten. Schon im Juli 2014 forderte ISIS die Christen innerhalb einer Woche die Stadt Mosul zu verlassen, wonach tausende christliche Einwohner von Mosul

in die benachbarten Kurdengebiete flohen.

Das Beispiel Irak zeigt, dass ein sicheres Leben für die in der Region verbliebenen christlichen Minderheiten nur durch die Entstehung starker demokratisch strukturierter Staaten gesichert werden kann. Der arabische Umbruch bietet dazu eine Chance, da dieser in einem überschaubaren Zeitraum sicherlich neue Herrschaftsstrukturen hervorbringen wird. Ob diese mehr Freiheit und Demokratie für die religiösen Minderheiten bringen werden, ist jedoch ungewiss. Allerdings ist klar, dass sich die despotischen, korrupten, autoritären und vorindustriellen Regierungen des Orients in der Globalisierungsphase nicht mehr an der Macht halten können, wenn sie nicht grundlegenden Werten der Demokratie, wie dem Schutz religiöser Minderheiten, nachkommen.

Darüber hinaus müssen in allen Nationalstaaten, stärker demokratisch strukturierte Bürgergesellschaften entstehen,

in denen – bei allen Differenzen im Religiösen oder Weltanschaulichen – wirkliche Gleichberechtigung einen Platz hat. Ist das nicht der Fall, wird der Exodus weiter gehen, nicht nur in den durch Krieg und Bürgerkrieg besonders gezeichneten Ländern wie Irak, Syrien und Jemen, sondern selbst in Ländern wie Jordanien, wo die Lage vergleichsweise günstiger ist.

Das vollständige Verschwinden der Christen aus den Ländern des Nahen Ostens wäre ein großer Verlust: Dort waren sie immer, vor allem in modernen Zeiten, ein Antrieb der Erneuerung und des Fortschritts. Außerdem fungieren sie als Bindeglied zwischen der islamisch-orientalischen und der christlich-westlichen/säkularisierten Welt. Ihre Bedeutung als potenzielle oder aktive Vermittler zwischen beiden Welten kann kaum hoch genug geschätzt werden. Ohne seine christlichen Minderheiten wäre der islamische Orient ein gutes Stück ärmer.



Kenan Engin

ist promovierter Hochschuldozent an der Fachhochschule Mainz und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bonner Institut für Migrationsforschung. Forschungsschwerpunkte: Konflikte und Migrationsbewegungen im Mittleren Osten.

engin.kenan@lba.fh-mainz.de

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Die Wahrheit nimmt sich (Die) Zeit

Zwei Jahrzehnte zeichnete Karl Heinz Bohrer als Herausgeber der Monatshefte *Merkur*, die von den Gründern Joachim Moras und Hans Paeschke 1947 mit dem Untertitel »Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken« in die Welt geschickt wurden, verantwortlich. Bohrer, der die Erbschaft 1984 übernahm, schrieb und redigierte mit staunenswerter Beharrlichkeit über die geistige und politische Weisung der

Väter des Blattes hinweg. Der Untertitel, der seinen Richtwerten angemessen gewesen wäre, hätte – wie rasch erkennbar wurde – »Deutsche Zeitschrift für national-ästhetische Denkspiele« heißen müssen. Dass er von der Idee und der Konstruktion der Europäischen Gemeinschaft nach den Plänen von Jean Monnet nichts hielt, verbarg er nicht, obschon er das klare »Nein« lieber mied. Oder in akademische